

Frank Theile

Fraktionsvorsitzender

Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg

Mitglied des Verwaltungsausschusses

Mitglied der VW-Findungskommission

Mitglied des Betriebsausschusses Kommunales Gebäudemanagement

Mitglied des Ausschusses für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik

Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Energie

Wahlbereich: 1 (Neustädter See, Kannenstieg, Rothensee, Sülzgrund, Industriehafen, Gewerbegebiet Nord, Barleber See)

Telefon: (03 91) 5 40 22 26

E-Mail: theile@mandatos.magdeburg.de

Internet: www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

Stellungnahme der Fraktion Die LINKE/Tierschutzpartei zum Haushaltentwurf der Landeshauptstadt Magdeburg 2013

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Gäste,

„Magdeburg ist dynamischste deutsche Stadt“ – so konnte man es vor wenigen Tagen im überregionalen Teil auf Seite 1 der Magdeburger „Volkstimme“ lesen.

„Magdeburg holt am schnellsten auf und gewinnt die Dynamikwertung für die Jahre 2006 bis 2011.“ - vermeldete auch „Die Welt“ in ihrer Ausgabe am 29.11.2012 als Fazit des Vergleichs der 50 größten Städte Deutschlands welchen die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)“ in einer entsprechenden Studie kürzlich veröffentlichte.

Untersucht wurden die 50 größten deutschen Städte anhand von 90 sozioökonomischen Kriterien.

Nach einer sowohl aus regionaler, vor allem aber auch aus überregionaler Sicht alles andere als besonders erfolgreichen, 1,5 Mio. Euro teuren „OTTO-Stadt Imagekampagne“ (wir verweisen hier insbesondere auf die diesbezüglichen Bewertungen von Infratest) scheinen

dies nun endlich Schlagzeilen zu sein, die belegen wie gut wir hier in Magdeburg sind und wie vorbildlich wir unsere Aufgaben in Bezug auf den städtischen Haushalt erfüllen.

In der Tat attestiert im Rahmen dieser Untersuchung knapp die Hälfte aller befragten Unternehmen in Magdeburg (49,0 %, d.h. Platz 8 unter 50 Städten) der Stadtverwaltung einen guten Umgang mit den öffentlichen Finanzen.

Die Frage wie die Bürgerinnen und Bürger den Umgang mit den Stadtfinanzen bewerten, war zumindest nach den uns derzeit vorliegenden Unterlagen in dieser Form aber nicht Gegenstand des Städterankings.

Uns verwundert dies allerdings eher weniger, wenn man weiß, dass die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ nach Angaben der Zeitung „Die Welt“ ihr Geld offensichtlich überwiegend von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie bekommt.

Selbst vor diesem Hintergrund kommt die Studie aber nicht umhin feststellen zu müssen, dass die Landeshauptstadt Magdeburg bei einer Reihe von Kennziffern, die für die zukünftige Entwicklung unserer Landeshauptstadt strategisch besonders wichtig sind, nach wie vor auf den hintersten Plätzen im Ranking der 50 größten Städte Deutschlands verharret.

Wenn in Magdeburg u. a. 11,0% der Schulabsolventen die Schule ohne Abschluss verlassen (Platz 48 von 50), wenn die Einkommensteuerkraft in Magdeburg im zurückliegenden Zeitraum gerade einmal für Platz 46 von 50 reicht, wenn Magdeburg beim Altersquotienten (Verhältnis der Einwohner zwischen 20 und 59 Jahren zu den Einwohnern über 60 Jahre und älter) nur Platz 45 von 50 erreicht, muss man sich schon fragen, entspricht der vorliegende Haushaltsentwurf 2013 den Aufgaben unserer Stadt und wird er den Anforderungen des Gemeinwesens, die sich u. a. aus den vorgenannten Sachlagen ergeben, im vorgesehenen Umfang gerecht?

Oberbürgermeister Dr. Trümper erklärte hierzu in der Presse vor wenigen Tagen: (Zitat, Quelle Volksstimme v. 29.11.2012) „Die Haushaltslage hat sich stabilisiert. Das neue Finanzausgleichsgesetz gibt uns mehr Planungssicherheit.“

Aber, so führt Oberbürgermeister Dr. Trümper bezogen auf die rund 180 Millionen Euro Altdefizite der Landeshauptstadt im gleichen Presseartikel weiter aus: (Zitat) „Das ist noch ein harter Konsolidierungsauftrag für die nächsten Jahre“.

Wir fragen uns mit großer Sorge - was und an welchen Haushaltsstellen wollen wir denn noch konsolidieren, um der mittlerweile nur noch als chronisch zu bezeichnenden Geldknappheit in der Haushaltskasse der Landeshauptstadt noch irgendwie Herr zu werden?

Wenn nun in dieser Situation damit argumentiert wird, das ja schließlich fast ein Drittel des Haushaltes für, wohlgemerkt steigende Sozialausgaben, zur Verfügung stehen, ist dies aus unserer Sicht alles andere als zufriedenstellend oder gar beruhigend.

Wir haben das Gefühl, dass mit solchen Argumentationen wohl eher der Eindruck erweckt werden soll, dass Magdeburg als „dynamischste Stadt Deutschlands“ besonders viel im sozialen Bereich tut und das kann ja schließlich nicht schlecht sein.

Hinter den Aufwendungen für Soziales stehen im Haushaltsplan der Landeshauptstadt für das Jahr 2013 in den meisten Fällen aber gesetzlich fixierte Pflichtaufgaben der Kommune.

Genau aus diesem Grund ist ein steigendes Budget für Soziales eben gerade kein Indikator für besonderes Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt. Die Notwendigkeit eines wachsenden Sozialbudgets deutet im Kontext der über den Haushalt finanziell abzusichernden Pflichtaufgaben wohl viel eher auf anwachsende Problemlagen bei vielen Menschen und in vielen Magdeburger Familien hin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wir der Einbringung des Haushaltsentwurfes entnehmen konnten, ist es gelungen für 2013 einen nach kaufmännischen Gesichtspunkten ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.

Man könnte nun meinen alles sei bestens, die diesbezügliche Beschlusslage des Stadtrates und entsprechende Vorgaben der Landesbehörden sind erfüllt.

Als Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei wissen wir sehr wohl, welche kommunalrechtlichen und tatsächlichen Konsequenzen damit verbunden sein könnten, wenn der Landeshauptstadt der Nachweis eines ausgeglichenen Haushaltes nicht gelingen würde.

Dies kann und darf jedoch unserer Ansicht nach keine Begründung dafür sein, eine nach wie vor nicht aufgaben- und bedarfsgerechte Finanzausstattung unserer Kommune, unter anderem durch weitgehende Streichung vieler, nicht unmittelbar mit Pflichtaufgaben in Verbindung stehender Leistungen oder durch mittlerweile schon an die Grenzen des kaufmännisch Vertretbaren gehenden Gewinnabführungsverpflichtungen kommunaler Unternehmen zu übertünchen.

Zahlreiche Einrichtungen, Vereine und Akteure beschäftigen sich in Magdeburg seit Jahren mit einem breitgefächerten Angebot damit, die durch die Studie zum Städteranking u. a. offenbarten Probleme, vornehmlich im Kinder-, Jugend- und Seniorenbetreuungsbereich zu lösen. Damit leisten sie einen bedeutenden Beitrag zur sozialen Stabilität und zur Entwicklung unseres Gemeinwesens. Sie entlasten unsere Stadt auch von Aufgaben die im engen gesetzlichen Sinn nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehören, die aber für das dauerhafte Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind.

Wenn nun u. a. der Stadtjugendring und mit ihm ein Großteil der freien Träger von Jugendangeboten in ungewöhnlich scharfer Form öffentlich kritisiert, mit dem im Stadthaushalt 2013 angekündigten Sparmaßnahmen sei die finanzielle Grenze der Belastbarkeit erreicht -

oder - der Verein „Seniorenvertretung Magdeburg“ mit Bitternis und fast schon Verzweiflung über den angekündigten Wegfall finanzieller Zuwendungen seitens der Landeshauptstadt feststellt, man wisse nicht mehr wie es in Zukunft finanziell weitergehen solle, sind dies nur einzelne aus einer Vielzahl von Beispielen die uns sagen- so kann es nicht weitergehen - so darf es nicht weitergehen.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Blick auf die in der INSM-Studie festgestellte, weit unterdurchschnittliche Steuerkraft der Magdeburgerinnen und Magdeburger, lässt nicht nur Rückschlüsse auf die im Vergleich zu den meisten deutschen Großstädten Deutschlands dürftigen Einkommensverhältnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Magdeburg zu.

Es ist wohl auch kaum zu erwarten, dass Magdeburg in den nächsten Jahren mit einer signifikanten Erhöhung des Steueraufkommens als einer der wichtigsten Quellen für Einnahmen in die Stadtkasse rechnen kann.

Für uns heißt dies vor allem, dass weitere Kostenaufwüchse und diese deuten sich unter anderem in erheblichem Umfang allein schon durch die nicht mehr absehbaren Verzögerungen und finanziellen Unsicherheiten bei der Umsetzung des „Tunnelprojektes“ an, dass kaum die Möglichkeit besteht, aus eigener Kraft die Lage der Stadtfinanzen zu verbessern.

Auch die Möglichkeiten kommunale Unternehmen in der bisherigen Weise mittels Gewinnabführungen oder durch Herabsetzungen des Stammkapitals zum Zweck der Sanierung des Stadthaushaltes „zur Ader zu lassen“ sind weitgehend erschöpft. Ebenso erreichen wir mit der Beibehaltung der im letzten Jahr eigentlich nur befristet beschlossenen Grunderhöhung mittlerweile ein Niveau, das nicht mehr weit von den teuersten Regionen bzw. den teuersten Städten vergleichbarer Größenordnung entfernt ist.

Will man also die Haushaltspolitik der Landeshauptstadt Magdeburg, wie es derzeit nach unserer Auffassung geschieht, nicht in eine Richtung manövrieren, die uns am Ende zu einer unsäglichen Verschleuderung kommunalen Eigentums im Stile der berüchtigten Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände in Dresden zwingt, müssen wir uns die Deckungsquellen für unsere kommunalen Aufgaben wohl an anderer Stelle suchen.

Hier sind in erster Linie Sie, meine sehr geehrten Stadtratskolleginnen und Kollegen der CDU-, SPD- und FDP-Fraktion, deren Vertreterinnen in Regierungsverantwortung auf Landes- und Bundesebene stehen, gefragt. Sorgen Sie in Ihren Reihen dafür, dass Kommunen wie die Landeshauptstadt Magdeburg endlich bedarfs- und aufgabengerecht mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Die Konsolidierungsvorschläge unserer Vertreterinnen und Vertreter im Landtag und im Bundestag wurden von ihren Mitstreitern bisher nicht gehört oder allenfalls halbherzig und zögerlich umgesetzt.

Die Millionen an Steuermitteln, welche für den sogenannten „Friedenseinsatz“ in Afghanistan Tag für Tag ausgegeben werden - die 100 Millionen Euro die für einen sinnlosen Kriegsübungsplatz in der Leztlinger Heide verschleudert werden - die Milliarden die den pleitegegangenen Zockerbanken förmlich hinterhergeworfen wurden - die Mittel die bisher von wirklich vermögenden Mitgliedern unserer Gesellschaft steuerlich angemessen nicht eingenommen wurden, fehlen uns und anderen Kommunen bei der Organisation und Finanzierung des kommunalen Daseins.

Als Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei im Magdeburger Stadtrat sind wir nicht mehr bereit einen Haushalt mitzutragen, der die von den Bürgerinnen und Bürgern letztlich nicht verursachten und nicht gewollten Ausgaben des Bundes durch Kürzungen und Einsparungen vor allem bei den schwächsten Gliedern unseres Gemeinwesens kompensiert.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

Frank Theile
Fraktionsvorsitzender
Stadtratsfraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Anm.: Es gilt das gesprochene Wort